

Alles Müll! Oder was? Über taktische Stellungswechsel in der Abfallwirtschaft

Von Volker Heiduk, 1. Vorsitzender des BKB



Der 1. Juni 2005 war vor allem für die Umweltpolitiker in Deutschland ein besonderer Tag. Die technische Anleitung Siedlungsabfall – kurz TASI – trat in Kraft. Seit her gelten neue und außerordentlich strenge Standards für die Beseitigung allen Mülls in der Republik: „**Kein Müll darf unbehandelt auf Deponien entsorgt und alle Abfälle müssen vorsortiert werden.**“ Die bereits von dem ehemaligen Umweltminister Töpfer 1993 entwickelten technischen Anleitungen mit einer Umstellungszeit für die Branche von zwölf Jahren sind besonders vor dem Hintergrund der Probleme bei Deponien beschlossen worden, aus denen Gas entwich.

Man könnte meinen, genug Zeit für eine leistungsstarke Branche, sich umzustellen. Dennoch beklagen die Fachleute heute eine Kapazitätslücke von sieben Millionen Tonnen, zumal von den 35 Millionen Tonnen Hausmüll und den 16 Millionen Tonnen gewerblichen Abfall in der Bundesrepublik nur die Hälfte stofflich verwertbar ist: so wird in Glas, Papier, Metall und Kunststoffabfälle getrennt. Der Rest verrottet als Biomüll zu Humus, wird als Restmüll in Verbrennungsanlagen „thermisch“ behandelt oder als Ersatzbrennstoff zur Energieerzeugung in Kraftwerken genutzt. Dieser bei mechanisch biologischer Behandlung entstandene Ersatzbrennstoff, dessen Brennwert bei bestimmten Materialien besser sein kann als der von Braunkohle (Fachleute sprechen von einer heizwertreichen Fraktion), landet auf Zwischendeponien, weil nicht genügend Kraftwerke zur Nutzung existieren.

Es fehlt ebenso an Kapazitäten für die thermische Behandlung von Restmüll. Knapp zwei Millionen Tonnen können in diesem Jahr nicht verbrannt werden, obwohl die vorhandenen Müllverbrennungsanlagen seit mehr als zwölf Monaten an ihrer Belastungsgrenze arbeiten. Gleichzeitig steigen die Preise. Konnten die privaten Entsorger den Müll vor gut einem Jahr noch für etwa 60 Euro pro Tonne verbrennen lassen, so verlangen die Betreiber inzwischen bis zu 180, in manchen Fällen sogar bis 200 Euro. Dabei haben die Kommunen und privaten Betreiber in der Vergangenheit bereits neue Anlagen mit einer Kapazität mit insgesamt vier Millionen Tonnen pro Jahr gebaut. Weitere zwei Millionen sind in Bau oder in Planung. Etwas verwunderlich ist dieser Engpass bei einer Vorlaufzeit von zwölf Jahren schon. Genutzt haben diese Umstellungsphase die großen Entsorgungskonzerne für einen aggressiven Verdrängungswettbewerb. Damit sind Strukturen wie im Energieversorgungsbereich nicht mehr auszuschließen, wo wenige Konzerne den privaten wie gewerblichen Kunden die Preise diktieren.

Die Deutschen sind Weltmeister im Trennen von Müll

Die Deutschen, seit 15 Jahren Weltmeister im Sammeln und Trennen von Müll, pflegen diese Vorliebe besonders intensiv. 90 Prozent der Bevölkerung beteiligen sich am System der Separierung verschiedener Wertstoffe. Doch richtig funktioniert hat es vor allen in Großstädten noch nie. Dort sind die sog. Fehlwürfe (Vermischung verschiedener Stoffe in die dafür nicht ausgewiesenen Tonnen), so hoch, dass z.B. bis zu 50 Prozent der Verpackungen mit

dem Grünen Punkt im Restmüll den Müll bisweilen unverwertbar machen. Die Gegner des dualen Systems verweisen auf diese Statistiken und fordern die Rückkehr zur **Einheitstonne** und damit den Einsatz **automatischer Sortieranlagen**.

Tatsächlich können, wie ein Pilotprojekt des Dualen Systems Deutschland (DSD) in Trier nachweist, die dort installierten zwei Automaten 40 Tonnen Abfall pro Stunde bewältigen. Die mit Infrarotsensoren ausgerüstete Anlage kann präzise Müll trennen und damit mehr Wertstoffe aus dem Abfall gewinnen als die sortierfreudigen deutschen Haushalte trotz Weltmeisterstatus. Zudem können Kosten gespart werden, da letztlich die komplette Entsorgung nur durch ein Unternehmen erfolgt.

Damit ist eine völlig neue Runde mit neuen Fronten eröffnet. Auf der einen Seite stehen die **Kommunen**, denen der Gesetzgeber die Müllentsorgung übertragen hat. Sie befürworten Modelle, die faktisch die Rückkehr zur Einheitstonne zum Inhalt haben. Mit deren Einführung würden sich die Kompetenzen von der privaten hin zur öffentlich-rechtlichen Entsorgungswirtschaft verlagern.

Für das **Duale System Deutschland (DSD)** ist die gemeinsame Tonne dagegen wegen der Fülle offener Fragen derzeit keine Option, vor allem wegen der hohen Zusatzkosten. Schließlich müssten bei einer Einheitstonne neue Aufbereitungs- und Sortieranlagen mit einem Investitionsvolumen von zwei Milliarden Euro gebaut werden. Damit fehlen zurzeit auch die Kapazitäten, um ein solches Modell zu bewältigen. Bislang sortierte das

DSD rund zwei Millionen Tonnen Leichtverpackung pro Jahr. Der Restmüll dagegen, mit einem Gewicht von 16,5 Millionen Tonnen war Sache der anderen. Aber auch eine dritte Fraktion hat sich gebildet: das **ökologische Lager**.

Hier wird gegen die Rückkehr zur Einheitstonne eingewandt, dass eine schlechtere Qualität des Abfalls entstehen würde, da der Restmüll deutlich feuchter sei und dadurch die Inhalte verschmutzt und verklebt seien.

Kommt die Rückkehr zur Einheitstonne?

Um dem Feuchtigkeitsproblem wirksam zu begegnen, hat der Berliner Entsorger ALBA zusammen mit DSD bereits ein alternatives Trennverfahren entwickelt, die trockene Wertstofftonne. Bei diesem Modell, das bereits seit Herbst 2004 in Leipzig und mittlerweile auch in Teilen Berlins als Musterversuch eingeführt wurde, trennen die Haushalte trockenen und feuchten Abfall. Die ersten Ergebnisse zeigen, dass die Fehlwurfquote deutlich verringert wurde. Hinter den überwiegend privaten Entsorgungsunternehmen stehen natürlich auch wirtschaftliche Interessen. Mit der **trockenen Wertstofftonne** bekommen die Entsorgungsunternehmen mehr Wertstoffe für die Verwertung. So landen Kinderspielzeug, Werkzeug, Elektrogeräte, also alles, was wir derzeit gesondert über Wertstoffhöfe, Sonder tonnen oder Sperrmüll entsorgen müssen, in dieser trockenen Tonne. Entsprechend geringer fällt dadurch das Abfallvolumen für die Müllverbrennung aus. Die neue Wertstofftonne muss damit zwar häufiger abgeholt werden als vorher. Da aber mehr Material für die Verwertung entsteht, können die Unternehmen sogar eine Gebührensenkung um mindestens fünf Prozent garantieren, wenn man dem Geschäftsführer von ALBA Consulting Glauben schenken darf.

Die Kritiker aus der Wirtschaft sehen hinter dem Modell der Einheitstonne den Versuch der finanzschwachen Kommunen, auf diesem Weg wieder in das margenstarke Recyclinggeschäft einzusteigen. Die Signale aus dem Bundesumweltministerium lassen erste Orientierungen erkennen. Ministerialdirigent Thomas Rummeler vom Bundesumweltministerium schwärmt: „Die Wirtschaft hat gezeigt, dass die Verpackungsentsorgung durch Private gut klappt. Es gibt keinen Grund, daran etwas zu ändern.“

Das Geschäft mit der Entsorgung gilt als lukrativ, die Renditen als üppig. Jährlich setzen die Firmen laut Bundesverband der Deutschen Entsorgungswirtschaft (BDE) hierzu rund 39 Milliarden Euro um, wobei sich mehr als 3.000 private Unternehmen und die kommunale Wirtschaft diesen Kuchen teilen. Die guten Gewinnaussichten lockten zuletzt sogar Privat-Equity-Gesellschaften an. Würde der Müll künftig wieder zusammengeworfen,

müsste sich der Markt neu ordnen. Dies fürchten vor allem die kleinen privaten Unternehmen, die hier in Turbulenzen geraten könnten.

Erstaunlich ist, dass in dieser allgemeinen Diskussion bei all denen, die sonst vorweg die Regeln der freien Marktwirtschaft vor sich herbeten, einer nicht vorkommt, nämlich der Verbraucher und Mülllieferant.

Entsorgung ist ein lukratives Geschäft

Derweil läuft das 2004 gestartete Leipziger Testmodell „Gelbe Tonne“ noch bis 2007 mit der trockenen Wertstofftonne. Dann soll ein Fazit gezogen werden. Heute werben die Stadt Leipzig, die Abfalllogistik Leipzig GmbH und das Duale System Deutschland GmbH in Großanzeigen für dieses Modell, unter anderem mit folgendem Text:

„Die Idee der gelben Tonne plus ist simpel: Experten schätzen, dass die Recyclingmenge um rund ein Drittel gesteigert werden könne, wenn der Verbraucher auch andere Wertstoffe als Verpackungen getrennt sammeln würde. Bei der gelben Tonne plus sortiert der Verbraucher seine Abfälle deshalb nicht mehr nach dem Aspekt Verpackung oder nicht Verpackung, sondern nach der **Verwertbarkeit**. Schließlich ist die alte Rührschüssel als Kunststoff im Prinzip genauso gut recyclebar wie die Spülmittelflasche, ausrangiertes Besteck genauso gut wie Konservendosen. Die Probelaufe mit der gelben Tonne plus in Leipzig zeigen durchwegs gute Ergebnisse. Die Menge der erfassbaren Wertstoffe stieg um über acht Kilogramm pro Einwohner und Jahr – und das bei besserer Qualität: Tatsächlich ist die Sammelmenge in der gelben Tonne seit 2004 kontinuierlich angestiegen. Deutlich mehr Verpackungen und stoffgleiche Nichtverpackungen gelangen in die gelbe Tonne – parallel dazu weniger nicht verwertbare Reste...In der Tonne findet sich weniger Restmüll – unter zehn Prozent bezogen auf die eingesammelte Menge.“

Die Annonce bezeichnet die Einführung dieser sog. trockenen Wertstofftonne weiter als ein Plus für Verbraucher und Umwelt und lobt wörtlich: „Auch die Kosten sprechen für das System. Sowohl die Stadt als auch das DSD können Kosten sparen“, resümiert Dr. Frank Richter, Betriebsleiter des Eigenbetriebs Stadtreinigung der Stadt Leipzig. Die Kosten der Sortierung und Verwertung der Abfälle aus der gelben Tonne liegen in Leipzig rund 30 Prozent niedriger als bei der vorher üblichen Beseitigung mit dem Restmüll. Das ergibt eine klassische win-win-Situation: Die Kommune spart Entsorgungskosten. Das DSD kann mehr Abfälle für eine hochwertige stoffliche Verwertung abschöpfen, die gute Qualität der Fraktion erleichtert Verwertungsbetrieben das Recycling. „Die Akzeptanz beim Bürger ist sehr hoch, der Verbraucher empfindet die gelbe

Tonne plus als spürbare Erleichterung bei der Mülltrennung“.

Nun ist es nicht gerade so, dass jeder Landkreis oder jede kreisfreie Stadt Bayerns, geschweige denn Deutschlands, ein identisches Müllentsorgungssystem betreiben würde. Dennoch lässt sich aufgrund dieses Pilotversuches in Leipzig und in Teilen Berlins jetzt schon sagen, dass das Konzept der mühsamen **Handtrennung** technisch überholt ist - ebenso wie das praktizierte System mit einer Vielzahl von Sammelbehältern für Verpackungen, Bioabfälle, Glas, Metall, Papier und Restmüll. Die Rohstoffe aus der Mülltonne werden als Wirtschaftsgut sowohl für die privaten Entsorger als auch für die Kommunen immer interessanter. So enthält eine Tonne Mischmüll den Energiegehalt von etwa 200 Litern Heizöl. Es ist allerdings nicht so, dass hier alle Kommunen auf den falschen Fuß Hurra schreien. Vor allem nicht die, die in Verbrennungsanlagen investiert haben. Diese würden nun nicht mehr ausgelastet, sobald Sortiermaschinen sämtliche Wertstoffe aus den Abfällen fischen. Dennoch bleiben auch hier für die Kommunen durchaus interessante Perspektiven bei diesen neuen Modellen. Vor allem ist eines nicht zu vergessen: Es gibt Möglichkeiten, dem Bürger die Müllentsorgung zu erleichtern, die Trennung komplikationsloser zu gestalten und vor allem seinen Geldbeutel zu entlasten. Allein das sollte unsere Kommunalpolitiker anstacheln, sich in die neu entfachte Diskussion um das Müllentsorgungssystem lautstark und aktiv einzuschalten.

Bürgermeisterbörse der Freien Wähler Bayern

zur Vorbereitung auf die Kommunalwahlen 2008 hat der FW-Landesverband eine Bürgermeisterbörse eingerichtet. Die Bürgermeisterbörse richtet sich:

- an Ortsvereine, die sich 2008 mit einem eigenen Vorschlag an der Bürgermeisterwahl in ihrer Stadt oder Gemeinde beteiligen wollen, aber über keinen Kandidaten aus den eigenen Reihen verfügen,
 - an Personen, die gerne für das Amt des Bürgermeisters kandidieren möchten
- Für die vermittelten Kandidaten wird der Landesverband ein intensives Coaching durch erfahrene Kommunalpolitiker anbieten.

Interessierte Vereine und Kandidaten melden sich bei:

Werner Winter, stv. FW-Landesvorsitzender und Sprecher des AK Kommunalpolitik, Nobelstr. 1, 90530 Wendelstein, Tel. 0 91 29 - 97 65 • Fax 0 91 2 9 - 96 83, werner.winter@fw-bayern.de oder

FW-Landesgeschäftsstelle Bayern, Tsingtauer Str. 44 b, 81827 München, Tel. 0 89 - 43 73 91 85 • Fax 0 89 - 43 73 92 11, gstelle@freie-waehler.de

Mit Biogas die Zukunft sichern

Von Dr. Markus Brem, FW-Kreisvorsitzender Augsburg-Land

Biogas aus heimischer Produktion ist wirtschaftlich und zukunftsfähig, so lautet das Ergebnis einer Informations- und Bildungsveranstaltung in Ehekirch bei Erlingen (Landkreis Augsburg).

Biogas besteht zu 50 bis 70 Prozent aus dem Brennstoff Methan und wird fast immer in örtlichen Blockheizkraftwerken verwendet, um Strom und Wärme zu erzeugen. So auch auf dem Betrieb der Landwirtschaftsfamilie Ulrich Schur. Sie möchte sich mit den hohen Investitionen in die Biogaserzeugung eine dauerhafte Existenz des Betriebs sichern. Im Unterschied zu fossilen Energien werden mit Biogas lokale bzw. regionale Stoff- und Energiekreisläufe hergestellt. Wie bei anderen regenerativen Energieträgern reduziert auch Biogas die Abhängigkeit von Energiequellen in fernen Ländern. Insgesamt trägt Biogas als regenerative Energieform schon heute zur Stabilisierung der Marktpreise bei.

FW-Kreisvorsitzender Dr. Markus Brem, selbständiger Unternehmer und Landwirt, war von dem besichtigten Betrieb beeindruckt und kommentierte: „Es zeigt sich am Beispiel der Biogaserzeugung, dass wir mit wenig Aufwand in Fragen der Wirtschafts- und Energiepolitik große Wirkungen für die heimische Wirtschaft, gerade im ländlichen Raum, erzielen können.



40 Personen besichtigten im Rahmen einer Informations- und Bildungsveranstaltung den Betrieb der Landwirtschaftsfamilie Schur. Vor dem Motorenhaus und dem Gärсило ließen sie sich die Biogasanlage detailliert erklären.

Im Fall der Biogasproduktion ist es lediglich eine gesetzliche Grundlage, also ohne staatliche Fördergelder, mit der die wirtschaftliche tragfähige Produktion von regenerativen Energien ermöglicht wird. Vor zehn Jahren glaubten nur wenige an deren Wirtschaftlichkeit“.

Wirtschaftlich durchgesetzt haben sich Biogasanlagen und andere Möglichkeiten der Erzeugung regenerativer Energien, weil das EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) eine Mindesteinspeisevergütung für erzeugten Strom bietet. In der Landwirtschaft gibt es zusätzlich einen

Bonus, wenn man nachwachsende Rohstoffe (Energiepflanzen) für die Anlagenfütterung verwendet. Folglich kann schon heute der in Biogasanlagen erzeugte Strom zu Marktpreisen produziert werden, während beispielsweise Photovoltaik-Strom noch etwas teurer in der Produktion ist. Dagegen würde der Preis für Energie aus fossilen Energiequellen (z.B. Erdöl, Uran, Kohle) schon heute für den Verbraucher entscheidend höher sein, wenn die durch Steuergelder finanzierte Subventionierung (beispielsweise bei der Lagerung von Uranbrennstäben) weggenommen würde.

Neben der Stromerzeugung selbst ersetzt für den Landwirt der Gärrest aus Biogasanlagen teuren Mineräldünger und hilft ihm somit, Betriebskosten zu sparen. Dazu kommt, dass im Unterschied zur Gülle aus der Tierhaltung der auf die Felder ausgebrachte Gärrest noch verträglicher für das Bodenleben und Pflanzenwachstum ist. Auch sind solche Gärreste fast geruchsneutral.

Infos und eine Broschüre zum Thema Biogas können beim Fachverband unter der Internetadresse www.biogas.org, per Email an info@biogas.org oder telefonisch unter 08161-984660 nachgefragt werden.

Erstes Bürgermeistertreffen der Freien Wähler Oberbayern ein voller Erfolg



Mit Zuversicht gehen die oberbayerischen Mandatsträger in die Wahlen des Jahres 2008

Ein voller Erfolg war das erste Bürgermeistertreffen der Freien Wähler in Oberbayern. FW-Bezirksvorsitzende Eva Gottstein und Wolnzachs Bürgermeister Josef Schäch konnten als Gastgeber der Veranstaltung 50 FW-Kommunalpolitiker, darunter über 20 Bürgermeister, im Konferenzraum des Hopfenmuseums in Wolnzach begrüßen.

Sie diskutierten mit dem neuen FW-Landesvorsitzenden Hubert Aiwanger über die politischen Ziele der „Freien“ im Hinblick auf das Wahljahr 2008. Aiwanger fordert wieder deutlich mehr Handlungsspielraum für die Kommunen und weniger Bevormundung durch den Staat: „Bürokratische Planwirtschaft ist am Ende noch immer in die Hose gegangen! Wenn Stoiber sich jetzt plötzlich wieder bei den Kommunalpolitikern sehen lässt, ist dies nur Zeichen seines schlechten Gewissens und die Angst vor einem schlechten Abschneiden bei den Wahlen 2008. Er fürchtet zu Recht, dass die Freien Wähler 2008 ihre kommunalpolitische Bedeutung ausbauen und auch in den Landtag einziehen werden.“

Das kommunalpolitische Urgestein Josef Rid feierte den 65. Geburtstag

Eine feste Größe in der schwäbischen Kommunalpolitik ist Josef Rid. Eigentlich wollte er seinen halbrunden Geburtstag nicht an die große Glocke hängen. Aber das gelang nicht. „Den ganzen Tag ist es rund gegangen“, so berichtet Josef Rid schmunzelnd. Kein Wunder, denn neben seiner Arbeit in seinem landwirtschaftlichen Betrieb hat der Jubilar zahlreiche politische und gesellschaftliche Ehrenämter. Als Stadtrat und zweiter Bürgermeister von Buchloe ist er oft für seine Bürger im Einsatz. Auch als Kreisrat im Ostallgäu und Bezirksrat in Schwaben arbeitet er engagiert mit. Außerdem ist er FW-Kreisvorsitzender, FW-Bezirksvorsitzender und Mitglied im FW-Landesvorstand.

Dies alles könnte er ohne den familiären Rückhalt durch Gattin Maria, Tochter Monika und Sohn Stefan nicht bewältigen. Sei-



Weiterhin viel Gesundheit und Tatkraft wünschten dem Geburtstagskind Josef Rid (4.v.r.): von links: FW-Bildungsbeauftragte Waltraut Wellenhofer, Tochter Monika Rid, Landrat Johann Fleschhut, Gattin Maria Rid, Landesjustiziarin Petra Wengert, Bezirksgeschäftsführer Karl-Ullrich Hägele und die stellvertretende Bezirksvorsitzende Agnes Schragl.

ne FW-Freunde wünschen ihm Gesundheit und dass er auch weiterhin die Zeit findet, um sich mit Wandern und Radfahren fit zu halten.

Zehnjähriges Jubiläum bei den Freien Sander Bürgern

Ihr zehnjähriges Bestehen konnten vor kurzem die Freien Sander Bürger (Landkreis Haßberge) begehen. Sie luden ihre Mitglieder und Freunde zu einer kleinen Feierstunde ein, um ein paar gesellige Stunden zusammen zu verbringen. Als Ehrengäste waren der Kreisrat und Bürgermeister von Rauheenebrach, Oskar Ebert, der Vorsitzende der Freien Wähler im Landkreis Haßberge, Gerold Snater, und der Bezirksvorsitzende von Oberfranken, Klaus Förster, anwesend. Aus Niederbayern war sogar der Landesvorsitzende der Freien Wähler, Hubert Aiwanger, angereist.

In seiner Begrüßungsrede sprach Heinrich Schmitt, Vorsitzender der Freien Sander Bürger, allen Anwesenden seinen Dank für die langjährige Treue aus. Besonders dankte er dabei den „Geburtshelfern“ der Freien Sander Bürger, Klaus Förster, Gerold Snater sowie Oskar Ebert. Die Freien Sander Bürger sind schon seit Ihrem Anbeginn im Gemeinderat vertreten, seit der letzten Wahl sogar als stimmenmäßig zweitstärkste Fraktion.



In bester Feierlaune waren zum zehnjährigen Bestehen der Freien Bürger Sand- (v.l.n.r.) Klaus Förster, Heinrich Schmitt, der Vorsitzende der Freien Sander Bürger, Hubert Aiwanger, Gerold Snater, Kreisvorsitzender der Freien Wähler im Landkreis Haßberge, der stellvertretende Ortsvorsitzende Udo Rhein und Kreisrat Oskar Ebert.



Mit vielen Freunden feierten die Freien Wähler in Mehlmeisel ihr 50-jähriges Jubiläum.

Freie Wähler in Mehlmeisel feierten 50. Geburtstag

Mit vielen Freunden feierten die Freien Wähler Mehlmeisel (Landkreis Bayreuth) ihr fünfzigjähriges Bestehen. FW-Bezirksvorsitzender Klaus Förster gratulierte dem Ortsvorsitzenden Heribert Lehner und den anwesenden Mitgliedern zu den vielen Jahren, in denen der Ortsverein „Bewährtes erhalten und Neues geschaffen hat“. Weitere Gratulanten waren Peter Meyer, Mitglied des engeren FW-Landesvorstands, der ehemalige Kulmbacher Kreisvorsitzende Klaus Zahner sowie der Bayreuther FW-Kreisvorsitzende Wolfgang Fünfstück, der die FW als starke Kraft, die Heimat mitbestimmt und gestaltet, bezeichnete.

Zahlreiche Mitglieder wurden von den Freien Wählern Mehlmeisel für ihr langjähriges Engagement ausgezeichnet. Eine besondere Ehrung wurde Klaus Prechtel, Heribert Lehner, Karl-Oswald Reger und Günther Fröhlich zuteil, die Ehrennadeln des FW-Landesverbandes überreicht bekamen.